

"DER COURIER"
Is the leading Canadian Paper in
the German language.
Issued every Wednesday.
Subscription price:—
In Canada \$2.00
to foreign countries .. \$2.50
If paid in advance:—
Canada \$2.00
1835 Halifax Street, Regina.

Der Courier

und Der Herold = Organ der deutschsprachigen Canadianer

"Der Courier"
ist die führende Zeitung für die
deutschsprachigen Canadianer.
Erscheint jeden Mittwoch.
Erganzungspreis:
Im Voraus bezahlt:
Canada \$2.00
für Ausland \$2.50

24. Jahrgang.

16 Seiten

Regina, Saskatchewan, Mittwoch, 17. Juni 1931.

16 Seiten

Nr. 52.

Canada sollte Kriegsreparationen streichen

Fordert der liberale Abgeordnete Young von Weyburn im canadischen Parlament

Reparationen und hohe Zolltarife sind die beiden größten Hindernisse auf dem Wege zum Aufstieg

Canada sollte der Welt auf diesem Gebiete mit gutem Beispiel vorangehen.

Ottawa, Ont., 13. Juni. — H. S. Young, der liberale Abgeordnete für Weyburn, Sask., erklärte am Freitagabend im canadischen Unterhause, Canada sollte der übrigen Welt ein gutes Beispiel geben, indem es die Kriegsreparationen streicht.

Die zwei größten Hindernisse auf dem Wege zur wirtschaftlichen Wohlfahrt sind nach Herrn Youngs Aussage die Kriegsreparationen und die hohen Zolltarife.

Nachdem der Abgeordnete festgestellt hatte, daß Canada in diesem Jahre von Deutschland \$4,000,000 an Kriegszinsen erwarte, sagte er: „Ich kann mir nichts Besseres denken, was der Finanzminister (Premier Bennett) tun könnte, als Deutschland eine Quittung für die ganze Summe zu senden und zu erklären: Wir wollen eure Reparationen nicht!“

„Wenn die Vereinigten Staaten die Kriegsschulden streichen,“ bemerkte Herr Young, „würden die Canadianer mit Heberfüßigkeit sich beilegen, das nämliche zu tun. Warum sollte Canada nicht der Welt ein Beispiel geben und führend vorangehen?“

Canada könnte der übrigen Welt auch durch Herabsetzung der Zolltarife als Vorbild dienen, meinte Herr Young. Er forderte Premier Bennett auf, „seine verdrückte Politik zu vergeffen“ und das Land von den Handelsbeschränkungen zu befreien.

Eine Berliner Stimme zur Rede Youngs.

Berlin, 14. Juni. — Der Vorschlag des canadischen Parlamentsmitgliedes H. S. Young, Canada solle mit der übrigen Welt die deutsche Reparationsschuld streichen, hat den Beifall des „Börsen-Couriers“ in Berlin gefunden, der dazu bemerkt: „Diese empfehlenswerte und hochherzige Anregung, die selbst in Canada wohl kaum auf Annahme rechnen darf, obwohl es von Europas politischen Sorgen frei ist, beweist wieder einmal, daß der gesunde Menschenverstand stets nur wenigen eigen ist.“

Hitler will Tributzahlung verweigern.

München, 13. Juni. — Adolf Hitler, der Führer der Nationalsozialistischen Partei, griff gestern abend in einer Rede die Außenpolitik des Reichsfinanziers Brüning an und vertrat, daß die Zahlung der Reparationen einzustellen, wenn keine Partei ans Ruder komme: „Wir werden keine Tribute mehr bezahlen; denn das Deutschland von heute ist nicht mehr das Deutschland von gestern.“

Neue Weltführer gesucht

Sollen die Menschen aus der gegenwärtigen wirtschaftlichen und sozialen Krise herausführen

Paris. — Eine neue Art von Weltführern, die mehr daran interessiert sind, die Menschheit aus der gegenwärtigen wirtschaftlichen und sozialen Krise herauszuführen, als sich wie die Jodens selber im Sattel zu halten, wurde von Dr. Nicholas Murray Butler, dem Präsidenten der Universität Columbia, in einer Rede vor dem amerikanischen Klub geäußert.

„Was haben wir mit Bezug auf die Lösung der gegenwärtigen Lage getan?“ fragte er. „Wir haben nach jemandem gesucht, der die Köpfe des Weltkriegs besagten soll, was ist alles. Gewiss gut konnten wir nach jemandem suchen, der die Köpfe für den Betrieb der Sonne sucht. Dies ist unmöglich. Die Kriegsschulden müssen auf das Geminn- und Verlust-Konto verbucht werden. Können Sie uns neue Wege finden, die die Führung im Wieder-erwerb übernehmen. Die Bemühungen, die Beschäftigten zu befreien, sind soweit rein findlicher Natur gewesen, und von einer Art, die angeht war, Weiterkeit bei Computerkontrollen auszulösen.“

Was an Ausland interessiert, lagte er, ist nicht kein Kommunismus, sondern die Tatsache, daß er einen Plan für eine wirtschaftliche Zukunft hat. Wenn England, Frankreich, Deutschland und die anderen Länder sich nicht um Ent-

Chicago muß Schöne schuldig bleiben

Chicago. — Die Stadtverwaltung ist wegen langsamem Eingang der Steuern für 1929 und 1930, hervorgerufen durch Schwierigkeiten bei den Steuerbewertungen, in eine neue schwere finanzielle Bedrängnis gekommen. Da nimmbar auch das County-Kont nicht in der Lage war, seine Angelegenheiten zu bezahlen, ist die Zahl der unbefahlenden hunderttausend Arbeiter und Angestellten auf 19,500 gestiegen, die auf \$5,195,000 Anspruch haben. In Wirklichkeit soll jedoch die Stadtverwaltung an richtiger Gehältern \$8,259,000 schulden, wie in gewissen Beamtenkreisen verlautet. Inzwischen werden Versuche gemacht, schwere Ersparnisse durchzuführen. Jeder der 25,000 hunderttausend Angestellten und Arbeiter erhält einen langen Fragebogen, worin sie genaue Angaben über ihre Tätigkeit und ihren Aufgabenkreis machen müssen. Es sollen auf diese Weise zahlreide unnötige Angestellte ausgespart werden.

Glaspalast in München niedergebrannt

München. — Die verheerliche Unterdrückung des Feuers, das den Glaspalast vernichtete, wobei vorangehende schlimme Ausmaße verurteilt wurden, ergab, daß es durch Selbstentzündung von Materialen und übertragener Baumaterialien entstanden. Drei Arbeiter wurden bei den Aufräumarbeiten schwer verletzt.

Briand gegen Youngplan-Revision

Angriff auf Stahlhelmtagung in Breslau, die Zorn des franzöj. Außenministers erregte

Briand meint, eine Brüning-Regierung sei immer noch einer Hitler-Regierung vorzuziehen.

Paris. — Außenminister Briand erklärte im Laufe einer erregten Sitzung der französischen Kammer: „Von einer Revision des Young-Plans kann keine Rede sein, hat derselbe doch einen definitiven Charakter und begründet in sich selbst Möglichkeiten zu Gunsten Deutschlands.“ — Frankreich, führte er aus, werde auf der Zeit gegen irgend welche Versuche sein, es in eine internationale Konferenz über eine Revision des Young-Plans als Folge der deutsch-britischen Unterredungen in Cheamers hineinzuziehen.

Die Worte des Außenministers beruhigten die aufgeregten Abgeordneten, und das Ministerium verlag sich sofort wieder auf den Standpunkt mit der Kammer hervor. Mit einer Mehrheit von 60 Stimmen wurden die weiteren Unterredungen verweigert.

Von Fragen seiner Gegner direkt überhäuft, führte der Außenminister an, er habe nach wie vor Vertrauen in die Haltung der deutschen Regierung, wenn auch Demonstrationen, wie sie der kürzliche Stahlhelmtag in Breslau mit sich gebracht haben, zu tadeln seien.

„Solche Demonstrationen“, sagte Briand, „müssen es für mich äußerst schwer, die Friedensbemühungen mit Deutschland fortzusetzen. Ich habe indes nicht aufgegeben, in die deutsche Regierung zu dringen, solchen Auswüchsen Einhalt zu gebieten. Das letzte Wort kommt in debonärer unerschrockenheit und sehr zu bezaubern.“

Die deutsch-britische Seite des Briand-Vorkommnisses ist die Mentalität jener Individuen, die sich an der polnischen Grenze kurz nach Ausbruch der polnischen Revolutionen in Ost zusammenführten.

Der Redner erinnerte seine Zuhörer daran, daß eine Brüning-Regierung noch immer einer Hitler-Regierung vorzuziehen sei, welche

Amerikanische Widerlegung der Kriegsschuldfrage

Das Dokument, verfaßt von dem amerikanischen Geschichtsforscher Dr. Charles C. Tansill, wurde einige Jahre verborgen gehalten

Von einem Vertreter der „United Press“ in der Bibliothek des Bundeskongresses in Washington entdeckt

Washington. — Eine amerikanische Aufdeckung jenes Teiles des Versailles-Vertrages, in dem Deutschland allein für den Ausbruch des Weltkrieges verantwortlich gehalten wird, ist wegen von einem Vertreter der United Press in der Bibliothek des amerikanischen Bundeskongresses entdeckt worden. Das betreffende Dokument ist dort mehrere Jahre lang verborgen gehalten worden. Es wurde im Jahre 1925-26 auf Anordnung des Senats ausgearbeitet. Der damals in der Kongressbibliothek angestellte Dr. Charles C. Tansill, ein bekannter Geschichtsforscher, ist sein Verfasser. Aus nachgelassenen Gründen ist es bisher geheim gehalten worden. Dem Senat ist es nie unterbreitet worden, und sogar heute wird niemand gestattet, es einer Durchsicht zu unterwerfen.

Voriger Woche sprach ein Senatsausschuß für auswärtige Angelegenheiten mit einem Vertreter der United Press gegenüber erklärt, daß er beabsichtigt, sich eine Abschrift des Dokuments geben zu lassen, wenn auch der Bibliothekar Herbert Putnam seine Herausgabe verweigert hat.

Bundes Senator Borah und andere in Washington in einflussreichen Stellungen und der Ansicht, daß, wenn die Prämisse der deutschen Kriegsschuld am Kriege widerlegt wird,

die gesamte Struktur der Reparationen zusammenbrechen muß. Eine derartige Entdeckung würde aber eine nachhaltige Wirkung auf die Kriegsschulden der Alliierten an die Ver. Staaten haben, da die Schuldner unter den ehemaligen Kriegsgenossen der Ver. Staaten immer wieder darauf bestanden haben, daß alle ihre Zahlungen an die Ver. Staaten sich nach den Zahlungen der deutschen Reparationen richten müßten. Ähnlich haben die Ver. Staaten sich nie zu dieser Auffassung bekannt, indem sie daran festhielten, daß die beiden Obligationen zwei ganz verschiedene Dinge sind. Sollten sie nämlich die tatsächliche Widerlegung der deutschen Schuld am Kriegsausbruch akzeptieren, dann würden sie damit ihre Position bedeutend stärken.

Die Arbeit Tansills ist dem Senat nie als amtlicher Bericht unterbreitet worden, unter dem Vorwand, daß sie nicht ganz vollständig gewesen sei. Sie wurde unterbreitet, nachdem der Senat eine von dem früheren Senator Owen von Oklahoma eingereichte Resolution angenommen hatte. Diese Resolution wies die Kongressbibliothek an, eine Abschrift

eines Tages zur Nacht gelangen konnte. Ruhig gab er zu, daß es Nationalisten in Deutschland gibt, welche aber beruhigend hinzu, diese seien nicht an der Macht, um dann fortzufahren: „So lange eine Möglichkeit vorhanden ist, mit Deutschland zu arbeiten, werde ich diese ausnützen.“

Erregt wies der Außenminister die Behauptung zurück, infolge der Verhandlungen in Cheamers werde Frankreich gehalten sein, die Köpfe einer neuen Revision des ganzen Reparationsproblems auf sich zu nehmen. „Frankreich“, fuhr er fort, „kann den Erwartungen in Deutschland ruhig und klaren Auges entgegen sehen. Es ist ausreichend, einen Blick auf die Landkarte zu werfen und sich zu vergewissern, daß Frankreich der Fremde genug hat, kühl bis ans Herz hinan kann es.“

Deutsch-britisch-amerikanische Konferenz?

Berlin. — In Regierungskreisen speist man von einer dreitägigen Konferenz über die Reparations- und Kriegsschuldfrage zwischen den Ver. Staaten, Großbritannien und Deutschland in Verbindung mit dem bevorstehenden Besuch des amerikanischen Staatssekretärs Stanbon in Berlin.

Arthur Henderson, der britische Außenminister wird nämlich, wie bereits in Erfahrung gebracht wird, vor ungefähr gleicher Zeit in Berlin eintreffen, wie Colonel Stanbon aus Amerika. Er und Vizepräsident Kammer MacDonald von Großbritannien haben die Einladung, nach Berlin zu kommen und hier die Beziehungen über die Probleme Deutschlands fortzusetzen, angenommen.

aller zugänglichen Beweisstücke über die Kriegsurachen anfertigen zu lassen und den Bericht dem Senat bis zum 1. Febr. 1926 zu unterbreiten.

An diesem Tage fand die Bibliothek dem Senat eine ausgedehnte Aufstellung von Werken über die Kriegsschuld, bemerkte jedoch dazu, daß eine umfassende Ausfertigung (Kontinuation auf Seite 6)

Pittsburg. — Deutschland kann sich aus seinen gegenwärtigen wirtschaftlichen und finanziellen Schwierigkeiten ohne Hilfe nicht herausarbeiten, erklärte Manson B. Houghton, der frühere amerikanische Botschafter für Deutschland und England, in einer Rede bei der Schlußfeier des Carnegie Instituts für Technologie und fügte bei:

„Wir können kein gedeihliches Europa erwarten und damit auch kein Gedeihen für die Vereinigten Staaten, solange Deutschland in wirtschaftlichem und finanziellem Elend ist und sich dem Punkte des Zusammenbruchs nähert.“

„Ich kann mich nichts schlimmeres für die Welt denken, als einen Zusammenbruch Deutschlands zur jetzigen Zeit, und dieser Zusammenbruch darf nicht als unmöglich oder vielleicht in weiter Ferne stehend betrachtet werden, es sei denn Hilfe wird Deutschland zuteil.“ erklärte Houghton, der fast seine ganze Rede der finanziellen Lage Deutschlands und den Kriegsschulden der vertriebenen Nationen widmete.

„Wenn die Nationen in dem Umfang von zwölf tausend Millionen Dollars pro Jahr (für Rüstungen) ihr Geld veräußern, so fällt es schwer zu glauben, daß die rund 200 Millionen, die jährlich zu uns kommen, zwischen ihnen und ihrer Prosperität stehen.“

„Selbst wenn wir auf die uns zuteilgehenden Kriegsschulden verzichten sollten, so haben wir keinen berechtigten Grund zu der Annahme, daß ein solcher Nachschub jenen, denen wir willens wären zu helfen, auch nur den geringsten Nutzen bringen würde. Ungeachtet der Depression zeigen deren (Rüstungs-) Ausgaben kein Anzeichen einer Verminderung.“

„Das Weiterer erklärte der frühere Botschafter: „Die alliierten Nationen, stünden nicht unter der Last dessen, was sie uns schulden, sie bezahlen uns nichts. Sie handeln lediglich als Ueberlieferungsagenten und bezahlen uns aus den Reparationsleistungen, die sie zu zahlen Deutschland gezwungen haben. Die Last unserer Kriegsschulden.“

(Kontinuation auf Seite 6.)

Zusammenbruch Deutschlands ohne Hilfe v. außen

Amerikaner Manson B. Houghton betont, daß keine Besserung zu erwarten ist, solange Deutschland im Elend sitzt

Pittsburg. — Deutschland kann sich aus seinen gegenwärtigen wirtschaftlichen und finanziellen Schwierigkeiten ohne Hilfe nicht herausarbeiten, erklärte Manson B. Houghton, der frühere amerikanische Botschafter für Deutschland und England, in einer Rede bei der Schlußfeier des Carnegie Instituts für Technologie und fügte bei:

„Wir können kein gedeihliches Europa erwarten und damit auch kein Gedeihen für die Vereinigten Staaten, solange Deutschland in wirtschaftlichem und finanziellem Elend ist und sich dem Punkte des Zusammenbruchs nähert.“

„Ich kann mich nichts schlimmeres für die Welt denken, als einen Zusammenbruch Deutschlands zur jetzigen Zeit, und dieser Zusammenbruch darf nicht als unmöglich oder vielleicht in weiter Ferne stehend betrachtet werden, es sei denn Hilfe wird Deutschland zuteil.“ erklärte Houghton, der fast seine ganze Rede der finanziellen Lage Deutschlands und den Kriegsschulden der vertriebenen Nationen widmete.

„Wenn die Nationen in dem Umfang von zwölf tausend Millionen Dollars pro Jahr (für Rüstungen) ihr Geld veräußern, so fällt es schwer zu glauben, daß die rund 200 Millionen, die jährlich zu uns kommen, zwischen ihnen und ihrer Prosperität stehen.“

„Selbst wenn wir auf die uns zuteilgehenden Kriegsschulden verzichten sollten, so haben wir keinen berechtigten Grund zu der Annahme, daß ein solcher Nachschub jenen, denen wir willens wären zu helfen, auch nur den geringsten Nutzen bringen würde. Ungeachtet der Depression zeigen deren (Rüstungs-) Ausgaben kein Anzeichen einer Verminderung.“

Das Weiterer erklärte der frühere Botschafter: „Die alliierten Nationen, stünden nicht unter der Last dessen, was sie uns schulden, sie bezahlen uns nichts. Sie handeln lediglich als Ueberlieferungsagenten und bezahlen uns aus den Reparationsleistungen, die sie zu zahlen Deutschland gezwungen haben. Die Last unserer Kriegsschulden.“

Polnische Nervosität wegen Stahlhelmtag

Berlin. — Die polnische Regierung ließ dem hiesigen Auswärtigen Amt eine Weisung senden über den Aufmarsch des Stahlhelms zu stellen, welcher am 31. Mai in Breslau stattfand.

Die Kundgebung des Stahlhelms hat bereits in der französischen Kammer zu mißbilligenden Bemerkungen des Außenministers Aristide Briand geführt. Der grimmige Tadel, den er aussprach, wurde von national gesinnten Deutschen mit heftigen Erwidrerungen beantwortet. Mit der Weisung Polens, die damit begründet ist, daß der Aufmarsch des Stahlhelms so nahe der polnischen Grenze stattfand, ist der Vorfall auf das diplomatische Gebiet hinübergehakt worden.

In deutschen Anstalten stellt man sich aber auf den Standpunkt, daß der Stahlhelm ein privater Verband ist, über welchen die Regierung keine Verantwortung trägt.

Brüning erhält neue Vollmachten

Kabinettskrise und Reichstagsauflösung durch Hindenburgs Eingreifen vermieden.

Berlin. — In den der Regierung nachgelassenen Kreisen herrscht die Ansicht vor, daß die Reichsfanzler Dr. Heinrich Brüning aus dem Reichstagsauflösung und Neuwahlen eine Kabinettskrise für den Augenblick abgewandt hat. Dem Kanzler sind vom Reichspräsidenten Paul von Hindenburg neue Vollmachten, die halbdiktatorischer Natur sind, erteilt worden, nachdem er sich mit dem Reichsoberhaupt in dessen Heidenheim in Weisbach in Ostpreußen über die Weise nach England unterhalten habe.

Dr. Brüning teilte in dieser Konferenz dem Präsidenten mit, daß die Opposition den sofortigen Zutritt des Reichstags fordere, um über die Lage zu beraten, die durch die Zurückziehung der kurzfristigen ausländischen Kredite fremder Bankiers hervorgerufen worden ist.

Es waren bereits hartnäckige Gerüchte in Umlauf, daß das Kabinett möglicherweise resignieren werde. Es wollte sich angeblich zurückziehen angesichts der Angriffe auf die letzte Woche veröffentlichte Defizit über eine neue Wirtschaftspolitik und auf die Zurückziehung der ausländischen Kredite.

Die Vereinfachung neuer Vollmachten an den Reichsfanzler durch den Präsidenten scheint anzudeuten, daß das Reichsoberhaupt gewillt ist, die Regierung ohne Einmischung des Reichstags in die Reichsangelegenheiten zu lassen, wenn dies sich zum Wohle des Landes erweisen sollte.

Berlin. — In einer in der Fraktionsführung der Deutschen Volkspartei zur Annahme gelangten Entscheidung wurde eine Neubildung des Kabinetts unter Brünings Führung bei Verzögerung der Parteien der Reichsminister, also der Nationalsozialisten und der deutschnationalen, geordert.

Deutsches Stahlkartell liefert an Rußland

Berlin. — Das deutsche Stahlkartell hat sich verpflichtet, Rußland binnen zwei Monaten je 80,000 Tonnen Eisenstangen und Eisenblech und 40,000 Tonnen Stahlfabrikate zu liefern. Die Bestellung kam zustande, als jüngst die aus Moskau hergereisene russische Handelsdelegation in Berlin weilte. Die ausgedehnten russische Bestellungen wurden nicht bekannt gegeben.

Herzlich willkommen in Regina am 20. u. 21. Juni